

# Wozu brauchen wir einen Sachverständigenrat?

## *Eine Polemik (2005)*

### **These**

Der Streit im Sachverständigenrat verdeckt das wirkliche Problem: Die Krise der Volkswirtschaft als Instanz der wissenschaftlichen Politikberatung. Das Gutachten von 2005 ist eine bedeutungslose Fleißarbeit, die alle wichtigen Themen verpasst, sich theoretisch nicht gerüstet zeigt für brauchbare Wachstumsprognosen und die Staatsverschuldung dramatisch unterschätzt.

Zwischen den Mitgliedern des Sachverständigenrats, der aus fünf Professoren für Volkswirtschaft besteht, ist es zum Eklat gekommen. Wolfgang Wiegard, der Vorsitzende der sogenannten "Wirtschaftsweisen", will seinen Posten aufgeben und 2006 aus dem Gremium ganz ausscheiden. Der Grund ist ein angeblich "teamunfähiger" wissenschaftlicher Renegat in den eigenen Reihen. Drei andere Ratsmitglieder sind sich mit Wiegard weitgehend einig, dass der in Würzburg lehrende Peter Bofinger, ein bekennender Keynesianer, nicht mehr tragbar ist. Zerstritten hat sich der Rat, dessen einzige Aufgabe die Erstellung eines jährlichen Gutachtens ist, über die wirtschaftsdogmatische Frage, ob die Konjunkturen über eine Angebots- oder Nachfragepolitik belebt werden können. Da abweichende Meinungen im Rat zugelassen und im Jahresgutachten ausführlich protokolliert werden müssen, kommt Bofinger an zwei Stellen ausführlich zu Wort. Er plädiert dabei gegen eine restriktive Lohnpolitik, weil nur höhere Löhne die Binnennachfrage stimulieren könnten, und gegen eine Fortführung des Defizitverfahrens der EU gegen Deutschland, weil der Zusammenhang zwischen Staatsverschuldung und Wachstum komplexer sei als die anderen Ratsmitglieder glauben.

Ach, wenn es doch so einfach wäre und der Austausch eines Sachverständigen das Jahresgutachten zu einem in sich schlüssigen, für die Politik informativen und vielleicht sogar umsetzbaren Dokument machen könnte! Davon kann aber keine Rede sein, denn die Uneinigkeit der Gelehrten über Angebot und Nachfrage ist kein Personalproblem, sondern nur das oberflächlichste und somit offensichtlichste Defizit der modernen Nationalökonomie - auch wenn die Ratsmehrheit behauptet, Bofingers Widersprüche seien von der modernen Wirtschaftstheorie längst absorbiert. Das Gutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für 2004/2005, das am 17.

November der Öffentlichkeit vorgestellt wurde ([www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de](http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de)), steht vielmehr in seiner Gesamtheit im Zeichen der Krise der wissenschaftlichen Politikberatung durch die Volkswirtschaftslehre. Was die fünf Professoren diesmal auf 1077 Seiten abgeliefert haben, ist nämlich entweder trivial oder von besorgniserregender Problemlindheit. Im Gutachten des vergangenen Jahres waren die Prognosen noch als dringende Warnungen formuliert: "Die Lage der öffentlichen Haushalte hat sich in den vergangenen Jahren dramatisch verschlechtert. Durch die absehbare demographische Entwicklung kommen in den nächsten Jahrzehnten erhebliche zusätzliche Belastungen auf die Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen zu, die ein rechtzeitiges Umsteuern der Politik verlangen, um die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen nicht zu gefährden." Das diesjährige Gutachten ergeht sich dagegen in einer Export-Euphorie und hat mehrere kritische Gesichtspunkte entschärft oder ganz unter den Tisch fallen lassen, so etwa die systematische Beleuchtung der Nachhaltigkeitslücke der öffentlichen Haushalte, die im vergangenen Jahr der Freiburger Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen als externer Sachverständiger beigesteuert hatte.

Das Wachstum soll 2005 bei 1,4 % liegen, was bereinigt um die zusätzlichen Feiertage eine Fortführung des diesjährigen Wachstums von 1,8 % bedeutet. Das Haushaltsdefizit wird mit 3,5 % des Bruttoinlandsproduktes wieder die Euro-Grenze von 3 % überschreiten. Dafür braucht man keinen Sachverständigenrat, das können die großen Wirtschaftsinstitute besser, und die haben ihre Prognosen zum Jahresende noch einmal deutlich gesenkt. Viel Gutes lässt sich ansonsten zu dieser Fleißarbeit nicht sagen. Denn der Rat hat es etwa geschafft, in diesem Jahr kein Wort mehr über die steigenden Pensionslasten zu verlieren. Mit großem Lob wird lediglich die Wandlung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld für Beamte in etwas niedrigere Prämien gefeiert. Das ist absurd. Wenn die Experten die größte volkswirtschaftliche Gefahr nicht sehen, nämlich eine sich über der bisherigen Verschuldung von 1,4 Billionen Euro auftürmenden Welle von 2,6 Billionen Euro zusätzlicher Ausgaben für Pensionen bis 2040, für die keinerlei Rückstellungen gebildet sind, dann bleibt nur noch eine Frage: Wozu brauchen wir den Sachverständigenrat? Im Gutachten des vergangenen Jahres hatte sich der Rat noch ausführlich mit der Problematik beschäftigt, auch wenn er die Zahlen aus dem *Zweiten Versorgungsbericht der Bundesregierung* von 2001 unüberprüft nachbetete.

Ebenso wird das vermeintliche Wachstum nicht ins Verhältnis zur tatsächlichen Nettoneuverschuldung gesetzt, wie der Journalist und Volkswirt Gabor Steingart es in seinem Buch *Deutschland - Abstieg eines Superstars* gefordert hat, sondern beide Größen werden als voneinander isolierte Aggregate der Volkswirtschaft betrachtet. Steingart hatte dagegen überzeugend gezeigt, dass die Bundesrepublik seit Mitte der 1980er Jahre ihr Wachstum durch Kreditfinanzierung schlicht simuliert hat. Es gab und gibt auch heute immer noch kein reales, positives Wachstum. Denn es ist einfach Unsinn, bei einer Zunahme des Bruttoinlandsproduktes von 1,8 % und einem gleichzeitigen Anstieg der Nettoneuverschuldung auf 3,9 % desselben BIP von Wachstum zu sprechen. Real ist die Wirtschaft um 2,1 % geschrumpft, denn der Staat hat mehr Geld ausgegeben, als er an Wert geschaffen hat. Da diese Ausgaben komplett kreditfinanziert sind, hat er seine Position am Kapitalmarkt weiter verschlechtert, muss bald höhere Zinsen zahlen und hat zusätzliche Belastung für zukünftige Haushalte aufgebaut, die immer weniger Geld für Investitionen ausgeben können. Das ist es bestimmt nicht, was J. M. Keynes gemeint hat, als er das *deficit spending* zur Ankurbelung der Konjunktur vorschlug. Was hier stattfindet, ist Kapitalvernichtung im großen Maßstab. Der Sachverständigenrat ignoriert diese Zusammenhänge und fabuliert etwas von einem Wachstumsmodell, das in der Verbesserung der Angebotsseite durch die Zunahme des Produktionspotentials besteht, vor allem durch Anlageninvestitionen. Das bedeutet, und auf dieses Beispiel weisen die Sachverständigen hin, dass die immense Nettoneuverschuldung in den USA schon in Ordnung sei, weil dem eine Zunahme der Bruttoanlageninvestitionen von 3,1 % seit 2000 entgegenstünde und somit eine Verbesserung der Angebotsseite. Wie auch immer man das für die USA beurteilt, wo die Neuverschuldung wenigstens so hoch ist wie das Wachstum, für die Bundesrepublik trifft es jedenfalls nicht zu. Die Anlageinvestitionen sind hierzulande mit -1,1 % das vierte Jahr in Folge zurückgegangen. Die zusätzlichen Schulden sind somit nicht in ein wachsendes Produktionspotential geflossen, das der Staat als Kapitalstock bilanziell aktivieren könnte. Und dennoch glauben die Sachverständigen an die völlig unhaltbaren Wachstumswahlen des Statistischen Bundesamtes. Vielleicht darf man mit den Fachleuten hier auch nicht zu streng sein, denn sie werden in dieser wichtigen Frage von ihrer Disziplin, der Volkswirtschaft, einfach im Stich gelassen. Es gibt bisher schlicht keine brauchbare Wachstumstheorie. Doch wer sollte sich um eine solche Theorie bemühen wenn nicht sie?

Richtig ärgerlich wird es allerdings, wenn in dem Gutachten behauptet wird, "die Hypothese, dass sich ein Anstieg der Defizitquote oder auch des Schuldenstands negativ auf die langfristigen Nominal- oder Realzinsen auswirke," sei "von der aktuellen Situation kaum gedeckt". Die Höhe der Zinsen hängt von der Bonität des Schuldners ab. Wenn die Sachverständigen einen Blick in die Studien der Rating-Agentur Standard & Poor's geworfen hätten, dann wäre ihnen vielleicht nicht entgangen, dass der Bund und mehrere Länder wegen ihrer Schuldensituation schon längst auf der Abschussliste stehen. Es ist absehbar, dass der Bund sein Triple-A-Rating bereits 2005 verlieren wird und die Zinsen schlagartig steigen werden. Deutschland steht ganz am Ende der Liste der weltweit 15 Länder, die dieses Rating haben, bereits auf der Kippe. Es ist angesichts der Vergleichszahlen und der gewundenen Formulierungen übrigens offensichtlich, dass es beinahe einem Freundschaftsdienst der Agentur gleichkommt, dass Deutschland in dieser Liga überhaupt noch mitspielen darf (vgl. Standard & Poor's, *Sovereign Ratings Perspectives in a Larger Europe*, New York, April 2004).

Zum Finanzdrama der Hauptstadt Berlin und der eingereichten Klage vor dem Bundesverfassungsgericht auf Sanierungshilfe fällt den Sachverständigen auch nicht mehr ein, als düstere Mahnungen auszusprechen und davor zu warnen, dass es für die sparsamen Bundesländer immer weniger Anreize zur ordentlichen Haushaltspolitik gibt, wenn Berlin vor Gericht gewinnt. Wie ein Bundesland mit 60 Milliarden Euro Schulden und gerade einmal 5,4 Milliarden Steuereinnahmen aus dieser Falle herauskommen soll, wenn alleine schon die jährlichen Zinszahlungen bei 44 % der Einnahmen bzw. rund 2,5 Milliarden Euro liegen, darauf haben die Sachverständigen keinen Gedanken verschwendet. Vor allem nicht über die Frage, ob Berlin möglicherweise prinzipiell sanierungsunfähig geworden ist durch die Höhe der Schulden und Zinsen. Es gäbe nur zwei Wege, auf denen Berlin seine Schulden runterfahren könnte. Das eine wäre der erste Konkurs eines Bundeslandes, doch das Gutachten erwähnt nur eine "prinzipielle Konkursfähigkeit", ohne diese Lösung ernsthaft zu erörtern. Dazu findet man an anderer Stelle erheblich mehr Ideen und Inspirationen (vgl. Hans Willi Weitzen, *Berlin und seine Schulden. Ein Land auf der Flucht vor der Wirklichkeit?*, Berlin 2003, Berliner Wissenschafts-Verlag).

Der andere Weg wäre die betriebsbedingte Kündigung von Tausenden überzähliger Beamter und die Aufhebung des Beamtentums. Doch das Land ist dabei wie alle anderen

Gebietskörperschaften von einer eisernen Kette altertümlicher Privilegien des deutschen Beamtentums gefesselt, die im Grundgesetz verankert ist. Deutschlands verstaubte Verfassung wird zusammen mit dem Bundesverfassungsgericht dafür sorgen, dass die Bundesrepublik von ihrem eigenen öffentlichen Dienst in den Staatsbankrott gezogen wird (vgl. Thomas Darnstädt, *Die Konsensfalle. Wie das Grundgesetz Reformen blockiert*, München 2004, DVA; Olaf Baale, *Die Verwaltungsarmee. Wie Beamte den Staat ruinieren*, München 2004, dtv). Kritische Bemerkungen der Sachverständigen zum öffentlichen Dienst als Schuldentreiber in Deutschland? Fehlanzeige.

Mit anderen Worten, das Gutachten beinhaltet nicht mehr, sondern deutlich weniger als das, was in jeder besseren Zeitung zu lesen ist. Warum sollte jemand diese 1077 Seiten antun? Ganz ehrlich, diesen Sachverständigenrat und seine Gutachten braucht niemand. Entweder man besetzt ihn insgesamt mit besseren Köpfen – oder man spart sich den ganzen Aufwand. Fairerweise muss man dazusagen, dass es mit den besseren Köpfen schwierig werden könnte, denn das Problem sind weniger die Personen, nicht einmal im Fall von Peter Bofinger, dessen Widerstände gegen die Ratsmehrheit immerhin etwas Würze in diese fade Gutachtersuppe brachten. Es sind viel mehr die unzulänglichen theoretischen Fundamente der Volkswirtschaft als Instanz wissenschaftlicher Politikberatung.